

# TRACTATENBLAD

VAN HET

KONINKRIJK DER NEDERLANDEN

---

---

JAARGANG 1957 Nr. 7

---

---

A. TITEL

*Notawisseling tussen de Nederlandse Regering en de Duitse Bondsregering betreffende uitlevering;  
's-Gravenhage, 1 december 1956*

B. TEKST

Nr. I

BOTSCHAFT  
DER

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
DEN HAAG  
541-01/2192

Den Haag, den 1. Dezember 1956

Herr Aussenminister,

nachdem in Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreiches der Niederlande festgestellt worden ist, dass beide Regierungen übereinstimmend wünschen, den Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden vom 31. Dezember 1896 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande wiederanzuwenden, beehre ich mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, dass dieser Vertrag mit Ausnahme von Artikel 17 und unter Beachtung nachstehender Bestimmungen vom 1. Dezember 1956 an von der Bundesrepublik Deutschland wieder angewendet wird:

- 1.) Ist die Auslieferungstat nach dem Gesetz des ersuchenden Staates, nicht aber nach dem des ersuchten Staates mit der Todesstrafe bedroht, so findet eine Auslieferung nicht statt, wenn nicht hinreichend gesichert ist, dass der ersuchende Staat eine von seinen Gerichten etwa erkannte Todesstrafe nicht vollstrecken wird.

- 2.) Im Sinne dieses Vertrages gelten als Deutsche bezw. Niederländer nicht nur diejenigen Personen, welche die deutsche bezw. niederländische Staatsangehörigkeit besitzen, sondern auch die ihnen gesetzlich gleichgestellten Personen.
- 3.) Bei der Entscheidung über ein Auslieferungersuchen wird im gegebenen Fall das politische Asylrecht beachtet.
- 4.) Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird auch geleistet:
  - a) in Strafsachen gegen Angehörige des ersuchten Staates ohne Rücksicht auf den Aufenthaltsort dieser Personen,
  - b) in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zoll-, Steuer- und Devisengesetze,
  - c) in Strafsachen wegen Übertretungen,
  - d) in Gnadensachen.
- 5.) Die Verpflichtung zur Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird ausgedehnt:
  - a) auf die Vernehmung des Beschuldigten,
  - b) auf Rechtshilfehandlungen in den bei Justizbehörden anhängigen Verfahren wegen Zuwiderhandlungen, die nach deutschem Recht Ordnungswidrigkeiten sind,
  - c) auf Rechtshilfehandlungen in Angelegenheiten, betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Haft.
- 6.) Die Behörden der Vertragsparteien übergeben einander ausserhalb eines Auslieferungsverfahrens auf Ersuchen Gegenstände, die als Beweismittel in einem Strafverfahren dienen können. Rechte des ersuchten Staates und Rechte Dritter an diesen Gegenständen bleiben unberührt. Werden solche Rechte geltend gemacht, so werden die Gegenstände nach Beendigung des Verfahrens unverzüglich und kostenfrei der ersuchten Behörde zurückgegeben, sofern diese nicht ausdrücklich darauf verzichtet.
- 7.) Für nichtpolitische Strafverfahren übermitteln sich die Justizbehörden der Vertragsparteien gegenseitig auf Ersuchen Auszüge aus dem Strafregister und andere Auskünfte über Vorstrafen von Personen.

Diese Auskünfte werden im gleichen Umfange erteilt, wie für die Strafverfahren des ersuchten Staates.

Die niederländischen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister,

wenn die betreffende Person innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geboren ist,

an den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht, in dessen Bezirk der Geburtsort liegt;

wenn sie in Berlin geboren ist,  
an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht in Berlin  
(West),

wenn sie ausserhalb des Gebietes der Bundesrepublik und des  
Landes Berlin geboren ist oder ihr Geburtsort zweifelhaft oder  
nicht zu ermitteln ist,

an den Oberbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof  
— Bundesstrafregister — in Berlin-Charlottenburg, Soor-  
strasse 84.

Die deutschen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden  
sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszugs aus dem  
Strafregister, wenn die betroffene Person innerhalb des euro-  
päischen Gebietes des Königreiches der Niederlande geboren  
ist,

an den „Officier van Justitie“, in dessen Amtsbereich  
der Geburtsort liegt,

andernfalls

an das Justizministerium in Den Haag.

- 8.) a) Der Auslieferungsvertrag bildet keine Grundlage für  
Rechtshilfe in rein militärischen Strafsachen.
- b) Ein Ersuchen um Rechtshilfe nach Artikel 12 des Ver-  
trages kann nur abgelehnt werden, wenn der Beschuldigte  
sich im Gebiet des ersuchten Staates befindet und die  
zuständige Justizbehörde dieses Staates erklärt, dass sie  
den Beschuldigten wegen der dem Rechtshilfeersuchen zu  
Grunde liegenden Tat selbst strafrechtlich verfolgen wird  
oder dass sie die Strafverfolgung bereits eingeleitet oder  
durchgeführt hat.
- c) Rechtshilfe wird nicht geleistet, wenn sie geeignet wäre,  
wesentliche Interessen des ersuchten Staates zu gefährden.
- 9.) Die Ersuchen um Rechtshilfe sowie die Erledigungsstücke  
können stets von den Justizbehörden des einen Staates un-  
mittelbar den Justizbehörden des anderen Staates übermittelt  
werden.  
Die Vertragsparteien werden Verzeichnisse der zur Stellung  
und zur Entgegennahme solcher Ersuchen zuständigen Be-  
hörden untereinander austauschen.
- 10.) Artikel 13 des Vertrages findet auch auf Sachverständige  
Anwendung.  
Die ersuchende Behörde wird in dem Ersuchen um Ladung  
eines Zeugen oder Sachverständigen die voraussichtliche Höhe  
der zu gewährenden Entschädigung mitteilen.
- 11.) Die Beifügung von Übersetzungen in die Sprache des anderen  
Staates kann im Auslieferungsverkehr und bei der sonstigen  
Rechtshilfe nicht verlangt werden.

- 12.) Der Austausch von Strafnachrichten nach Artikel 16 des Vertrages erstreckt sich auch auf Übertretungen, die in das Strafregister eingetragen werden.  
Der Austausch geschieht in der Weise, dass in Abständen von drei Monaten Abschriften der für das Strafregister bestimmten Nachrichten vom Bundesministerium der Justiz an das niederländische Justizministerium und umgekehrt übermittelt werden.
- 13.) Ersucht ein Zivilgericht oder eine Verwaltungsbehörde um Rechtshilfe durch Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister, so ist das Ersuchen zu begründen. Wird ein solches Ersuchen von niederländischer Seite gestellt, so ist es an das Bundesministerium der Justiz, wird es von deutscher Seite gestellt, an das niederländische Justizministerium zu richten.
- 14.) Diese Vereinbarung gilt auf deutscher Seite auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreiches der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.  
Sie gilt auf niederländischer Seite nur für die Niederlande.  
Durch späteren Notenwechsel kann die Vereinbarung mit oder ohne Änderung auf eines oder mehrere der überseeischen Gebiete des Königreiches erstreckt werden.
- 15.) Diese Vereinbarung findet auf Taten Anwendung, die nach dem 26. Juli 1951 begangen worden sind.

Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz den Vorschlag zu unterbreiten, dass, falls die Vereinbarung die Billigung der Regierung des Königreiches der Niederlande findet, die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als verbindlich für diese Vereinbarung gelten mögen.

Ich benutze die Gelegenheit, Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) H. MÜHLENFELD  
Botschafter

An  
Seine Exzellenz  
den Minister der  
Auswärtigen Angelegenheiten  
Herrn Mr. J. M. A. H. Luns  
Den Haag.

---

## Nr. II

MINISTERIE  
VAN  
BUITENLANDSE ZAKEN

No. 159196.

's-Gravenhage, 1 december 1956.

Mijnheer de Ambassadeur,

Hierbij moge ik Uwer Excellentie de ontvangst bevestigen van Haar brief van heden, No. 541-01/2192, waarbij Zij mededeelt:

„Nu bij onderhandelingen tussen de regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de regering van het Koninkrijk der Nederlanden is vastgesteld, dat beide regeringen over en weer de wens koesteren het op 31 december 1896 tussen het Duitse Rijk en Nederland gesloten Uitleveringsverdrag weder toe te passen tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden, heb ik de eer Uwer Excellentie mede te delen dat dit verdrag, met uitzondering van artikel 17 en met inachtneming van de navolgende bepalingen, met ingang van 1 december 1956 weder door de Bondsrepubliek Duitsland wordt toegepast:

1. Is op het strafbare feit, terzake waarvan uitlevering wordt gevraagd, volgens de wetgeving van de verzoekende staat, doch niet volgens die van de aangezochte staat, de doodstraf gesteld, dan blijft uitlevering achterwege, indien niet voldoende is gewaarborgd, dat de verzoekende staat een door een van zijn gerechten eventueel opgelegde doodstraf niet ten uitvoer zal leggen.
2. In de zin van dit verdrag worden als Duitsers onderscheidenlijk Nederlanders, niet alleen beschouwd degenen die de Duitse, onderscheidenlijk de Nederlandse, nationaliteit bezitten, maar ook de wettelijk met hen gelijkgestelde personen.
3. Bij de beslissing op een verzoek om uitlevering wordt in de daarvoor in aanmerking komende gevallen rekening gehouden met het recht van politiek asyl.
4. Rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag wordt ook verleend:
  - a. in strafzaken tegen eigen onderdanen van de aangezochte staat, ongeacht de verblijfplaats van deze personen;
  - b. in strafzaken wegens vergripen tegen de douane-, belasting- en deviezenwetten;
  - c. in strafzaken wegens overtredingen;
  - d. ten behoeve van de behandeling van gratieverzoeken.

5. De verplichting tot rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag strekt zich mede uit:
- tot het horen van verdachten;
  - tot daden van rechtshulp in gedingen welke bij een rechterlijk orgaan aanhangig zijn wegens een vergrijp dat naar Duits recht als een „Ordnungswidrigkeit” wordt aangemerkt;
  - tot daden van rechtshulp voor de behandeling van een verzoek om vergoeding voor ten onrechte ondergane vrijheidsbeneming.
6. Buiten het geval van uitlevering doen de autoriteiten van beide staten elkander op verzoek voorwerpen toekomen, welke als bewijsmiddel in een strafgeding kunnen dienen.  
Rechten van de aangezochte staat en rechten van derden op deze voorwerpen blijven onverlet. Indien op zodanige rechten een beroep wordt gedaan, dan worden de voorwerpen na beëindiging van het geding onverwijld en vrij van kosten aan de aangezochte autoriteit teruggegeven, voorzover deze er niet uitdrukkelijk afstand van doet.
7. De rechterlijke organen van de beide staten verstrekken elkander over en weer voor strafgedingen van niet-politieke aard op verzoek uittreksels uit het strafregister en andere inlichtingen omtrent criminele antecedenten.  
Deze inlichtingen worden in dezelfde omvang verstrekt als voor strafgedingen van de aangezochte staat.  
De Nederlandse rechters, belast met de behandeling van strafzaken, en leden van het Nederlandse openbaar ministerie wenden zich met een verzoek om een uittreksel uit het strafregister
- tot de Oberstaatsanwalt bij het Landgericht, binnen wiens ambtsgebied de geboorteplaats is gelegen, indien de betrokkene op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland is geboren;
  - tot de Generalstaatsanwalt bij het Landgericht te Berlijn (West), indien de betrokkene te Berlijn is geboren;
  - tot de Oberbundesanwalt bij het Bundesgerichtshof — Bundesstrafregister — te Berlijn-Charlottenburg, Soorstrasse 84, indien de betrokkene buiten het grondgebied van de Bondsrepubliek en van het land Berlijn is geboren of zijn geboorteplaats onzeker of onbekend is.
- De Duitse rechters, belast met de behandeling van strafzaken, en leden van het Duitse openbaar ministerie (Staatsanwaltschaft) wenden zich met een verzoek om een uittreksel uit het strafregister
- tot de officier van justitie, binnen wiens ambtsgebied de

geboorteplaats is gelegen, indien de betrokkene op het Europese grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden is geboren;  
en in andere gevallen tot het Ministerie van Justitie te 's-Gravenhage.

8. a. Het Uitleveringsverdrag vormt geen grondslag voor rechtshulp in strafzaken betreffende zuiver militaire delicten.
  - b. Rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag kan slechts worden geweigerd, indien de verdachte zich op het grondgebied van de aangezochte staat bevindt en het bevoegde rechterlijke orgaan van deze staat verklaart, dat het de verdachte terzake van het strafbare feit, in verband waarmede rechtshulp wordt gevraagd, zelf zal vervolgen, dan wel dat het de strafvervolging reeds heeft aangevangen of voltooid.
  - c. Rechtshulp wordt niet verleend indien daardoor essentiële belangen van de aangezochte staat in gevaar gebracht zouden kunnen worden.
9. Verzoeken om rechtshulp en de daarbij behorende bescheiden kunnen steeds door de rechterlijke organen van de ene staat rechtstreeks aan die van de andere staat worden toegezonden. De partijen bij deze overeenkomst zullen elkander over en weer een opgave verstrekken van de autoriteiten die tot het doen en tot het ontvangen van verzoeken om rechtshulp bevoegd zijn.
  10. Artikel 13 van het verdrag is ook van toepassing op deskundigen.  
De verzoekende autoriteit zal in het verzoek om uitnodiging van een getuige of deskundige het te verwachten bedrag van de toe te kennen schadeloosstelling mededelen.
  11. Toevoeging van vertalingen in de taal van de andere staat kan in het uitleveringsverkeer en in het overige rechtshulpverkeer niet worden gevorderd.
  12. De uitwisseling van gegevens omtrent veroordelingen overeenkomstig artikel 16 van het verdrag omvat mede overtredingen welke in het strafregister worden aangetekend.  
De uitwisseling geschiedt in die voege, dat telkens na drie maanden afschriften van strafbladen door het Bondsministerie van Justitie aan het Nederlandse Ministerie van Justitie, en omgekeerd, worden toegezonden.
  13. Verzoekt de civiele rechter of een administratief orgaan rechtshulp door verstrekking van een uittreksel uit het strafregister, dan moet het verzoek worden gemotiveerd.

Indien zodanig verzoek van Nederlandse, onderscheidenlijk Duitse, zijde wordt gedaan, dan moet het tot het Bondsministerie van Justitie, onderscheidenlijk tot het Nederlandse Ministerie van Justitie, worden gericht.

14. De overeenkomst is aan Duitse zijde ook verbindend voor het land Berlijn, voorzover de regering van de Bondsrepubliek niet binnen een termijn van drie maanden na het inwerking-treden van de overeenkomst tegenover de regering van het Koninkrijk der Nederlanden het tegendeel verklaart. Zij is wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft slechts verbindend voor Nederland. Bij nadere notawisseling kan de overeenkomst, al dan niet gewijzigd, worden uitgebreid tot een of meer van de overzeese delen van het Koninkrijk der Nederlanden.
15. De overeenkomst is van toepassing op feiten welke na 26 juli 1951 zijn begaan.

Ik heb de eer Uwer Excellentie voor te stellen, dat, ingeval de overeenkomst de goedkeuring van de regering van het Koninkrijk der Nederlanden heeft, met de onderhavige nota en Uw antwoord-nota de overeenkomst als tot stand gebracht zal worden beschouwd."

Ik heb de eer Uwer Excellentie mede te delen, dat de Nederlandse Regering ermede instemt dat de hierboven aangehaalde overeenkomst wederzijds als verbindend wordt beschouwd tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland.

De bij deze notawisseling tussen onze Regeringen tot stand gekomen overeenkomst zal in werking treden op 1 december 1956.

Ik maak van deze gelegenheid gebruik, Mijnheer de Ambassadeur, U de hernieuwde verzekering te geven van mijn bijzondere hoog-achting.

(w.g.) J. LUNS

*Zijner Excellentie*

*Dr. Hans Mühlendorf,*

*Buitengewoon en Gevolmachtigd*

*Ambassadeur van de*

*Bondsrepubliek Duitsland.*

---

#### D. GOEDKEURING

Artikel 1, lid 2, van de wet van 6 april 1875 (*Stb.* 66) tot regeling der algemene voorwaarden, op welke, ten aanzien van de uitlevering van vreemdelingen, verdragen met vreemde Mogendheden kunnen worden gesloten, (zoals deze nader is gewijzigd, *Stb.* 1932, 131) luidt: „Ten aanzien van de uitlevering van vreemdelingen worden



geene nieuwe verdragen gesloten of bestaande vernieuwd, dan met inachtneming van de bepalingen dezer wet.”

Deze wet is gecontrasigneerd door de Minister van Justitie VAN LYNDEN VAN SANDENBURG en de Minister van Buitenlandse Zaken VAN DER DOES DE WILLEBOIS. Zie voor de behandeling in de Staten-Generaal: Bijl. *Hand.* 1874/75 nr. 3 en *Hand.* 1874/75 bl. 1010 e.v.

#### G. INWERKINGTREDING

De bepalingen der in deze notawisseling vervatte overeenkomst zijn ingevolge de voorlaatste alinea van de Nederlandse nota op 1 december 1956 in werking getreden. Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt de overeenkomst slechts voor Nederland.

#### J. GEGEVENS

Van het op 31 december 1896 te Berlijn tussen Nederland en het Duitse Rijk gesloten Verdrag tot wederkerige uitlevering van misdadigers, naar welk Verdrag in de onderhavige notawisseling wordt verwezen, is de tekst opgenomen in *Stb.* 1897, 211. De werking van dit Verdrag werd uitgebreid tot Duitse overzeese gebieden bij twee Verdragen, nl. dat van 21 september 1897, te Berlijn gesloten (tekst in *Stb.* 1897, 211), en dat van 28 juli 1913, eveneens te Berlijn gesloten (*Stb.* 1913, 401). Beide Verdragen hebben hun gelding verloren bij de inwerkingtreding van het Vredesverdrag van Versailles van 28 juni 1919, nl. op grond van artikel 119 van dat Vredesverdrag, waarbij Duitsland afzag van al zijn rechten en titels op overzeese bezittingen (tekst o.a. in *De Martens N.R.G.* 3e serie, deel 11, bl. 323).

Uitgegeven de zestiende januari 1957.

*De Minister van Buitenlandse Zaken,*  
J. LUNS.